

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.  
Vernichtungsnummer: 25 241  
Für die Nachdrucke: 20 011.

**Lebeck's** Dreiring-  
Kakao, Schokolade,  
Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marianstraße 38/40.  
Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.  
Polische-Antik 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei ständiger Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich 4 500.—, Einzelnummer 4 25.—, Sonntagsausgabe 4 25.— | Anzeigen-Preise. Die Spalte 32 mm breite Zeile 4 50.—, außerhalb Spalten 4 70.—, Familienanzeigen und Stellenangebote unter Belegzahlungen 100.—, Verlagspreise laut Tarif. Unzumutbare Aufträge gegen Vorabzahlung. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung „Dresdner Nachr.“ zulässig. Anzeigen-Entwürfe werden nicht aufbewahrt.

**„Rönisch“** - Phonola  
Pianos - Flügel  
Dresden-Alstadt, Waisenhausstraße 24

ist der Inbegriff aller Tugenden, die ein Klavier nur haben kann.  
Ein „Rönisch“ verbürgt dauernde Haltbarkeit, Kunstgenuss und Freude

**Rönisch** - Phonola  
Pianos - Flügel  
Dresden-Alstadt, Waisenhausstraße 24

## Neue Steuerpläne des Reichsfinanzministers.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

**Berlin, 6. Dez.** Im Steuerausschuss des Reichstags legte Reichsfinanzminister Dr. Vermes die Pläne der Regierung bez. der Umgestaltung der Steuern dar. Es handelt sich vor allem um die

**Anpassung der Steuern an die Geldentwertung** und um die Erreichung einer schnelleren Einzahlung der Steuern. Der Minister führte aus, dass diese Frage in einem besonderen Gesetz geregelt werden, das dem Reichstag und dem Reichsrat so bald als möglich vorgelegt werden wird. Allerdings wird eine Einzeltagung vorher schon behandelt werden müssen, nämlich

die Abänderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe.

Die Vorchrift in § 24 des Zwangsanleihegesetzes, wonach die Bemessung des Wertes der Wertpapiere nach dem durchschnittlichen Stande am Ende der ersten Hälfte der Jahre 1920, 1921 und 1922 bemessen werden soll, läßt sich unter den heutigen veränderten Verhältnissen nicht aufrechterhalten. Der Wertverlust, wie er zurzeit dem Reichsrat vorliegt, sieht außerdem neben einer Verdoppelung der Zinsrenten die Streichung der Vorchrift in § 27 des Zwangsanleihegesetzes vor, die eine Begrenzung des durch die Zwangsanleihe aufzubringenden Betrags enthält.

Nach dem Steuerkompromiß sollte im Wege der Zwangsanleihe der Gegenwert von einer Milliarde Goldmark aufgebracht werden.

Heute, bei der so außerordentlich vorgezeichneten Geldentwertung, scheint mir die gezielte Festlegung eines bestimmten Betrags unmöglich. Es wird vielmehr die Lösung dieser Frage in einer entsprechenden Bemessung der Bewertungsvorschriften gesucht werden müssen. Beim Tarifproblem kommt vor allem die Frage des Goldtarifs oder eines sonstigen in fester Wertschätzung aufzustellenden Werttarifs in Frage. Hierüber läßt sich aus Anlaß der im Reichstag angenommenen Entschließung in einer aus Gesetzen und Wirtschaftlern bestehenden Sachverständigen-Kommission eingehend gesprochen worden. Die überwiegende Mehrheit dieser Kommission hat die Festsetzung eines sogenannten Goldtarifs für unüberschaubar und volkswirtschaftlich schädlich erklärt, insbesondere deshalb, weil genaue Indizes für alle Einkommensarten nicht gefunden

werden können, und weil die steuerliche Verwendung eines Index für die ganze Volkswirtschaft die Ausgestaltung der Papiermarkt bedeuten würde. Es bleibt daher nur übrig, die Tarife von Fall zu Fall der Geldentwertung einigermaßen anzugleichen. Eine der wichtigsten Fragen ist

**das Zahlungsproblem.**

Es wird in weiten Kreisen als unangenehm empfunden, daß Lohn- und Gehaltsempfänger den Lohnabzug und damit ihre Einkommensteuer ganz oder zu wesentlichen Teilen, unmittelbar und mit dem gleichen Gelde bezahlen, in dem sie Lohn und Gehalt empfangen, während die übrigen Steuerpflichtigen ihrer Steuerpflicht erst später und bei fortwährender Geldentwertung mit schlechterem Gelde genügen können. Ich halte es vielmehr für notwendig, daß auch die Einkommenssteuer, die durch Veranlagung festgesetzt wird, sobald wie möglich entrichtet wird. Diese Möglichkeit besteht zu dem Zeitpunkt, in dem das Einkommen eines Kalenderjahres feststeht, d. h. dem Zeitpunkt der Abgabe der Steuer-Erklärung.

Ich beabsichtige deshalb, eine gesetzliche Anordnung dahin vorzuschlagen, daß jeder Steuerpflichtige gleichzeitig mit der Steuer-Erklärung den Betrag einzunehmen hat, den er nach seiner eigenen Steuer-Erklärung an Einkommensteuer schuldet, soweit er nicht durch Vorabbezahlung oder einen etwaigen Lohnabzug gedeckt ist.

Um dieser Vorchrift den gebotenen Nachdruck zu verschaffen, soll, wenn die Entrichtung der Steuer nicht zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt erfolgt, für jeden angefangenen oder vollen Monat ein Zuschlag von 10 Prozent zu zahlen sein. Auch für die rechtzeitige Einzahlung der Vorauszahlungen, wie der Körperschaftsteuer, der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer, wird dadurch Sorge zu tragen sein, daß auch hier für verspätete Zahlungen ein Zuschlag von 10 Prozent für jeden Monat erhoben wird. Die Maßnahmen erfordern, wie sich aus der Natur der Dinge ergibt, ein rasches Handeln. Ich werde mich deshalb bemühen, Ihnen möglichst rasch zuzuleiten. — Die Einzelberatung findet morgen statt.

## Amerika gegen Frankreich.

Wir durch den Krieg ausgemergelten Europäer, die wir früher in dem stolzen Bewußtsein unserer vermeintlichen kulturellen Überlegenheit mit Kaiserkränzen auf das amerikanische „Parvenüreich“ herabsehen pflegten und dort ewig nicht recht fanden, haben heute Bescheidenheit gelernt und glauben nicht mehr an unsere Gottähnlichkeit, sondern leben in der Union den Ketter, ohne dessen Mitwirkung unser Kontinent nicht wieder in Ordnung gebracht werden kann. Die vorkriegenden europäischen Staaten hängen sich alle dem mächtigen „Unfel Sam“ mit den goldgefüllten Taschen an die Rockschöße und möchten ihn gar zu gern ein bißchen schärfen; den einen steht der Sinn nach Anleihen, die anderen möchten gern die Bären los sein, die sie bei dem reichen Unfel angebunden haben. Unfel Sam aber sagt: Stille, Kinder! Erst vertraut euch mal, laßt wirtschaftliche Vernunft vorwalten und stellt das kostspielige militärische Spielzeug in die Kammertammer. Dann stellt ihr weiter vor mir her. Wenn ihr aber glaubt, ich würde mein schönes Geld, meine blühenden Dollars opfern, bloß damit ihr mehr Soldaten, Kanonen und Kriegsschiffe halten könnt, dann seid ihr schief gerichtet.“ Dabei richtet Unfel Sam seine durchdringenden kalten Hankeweschtätsaugen in besonders ausdrucksvoller Weise auf Frankreich, um damit anzudeuten, daß er mit seiner Ermahnung dieses in erster Linie treffen will. Es ist kein Zweifel, Frankreich hat sich die amerikanische Gunst gründlich verschert. Früher herrschte ziemlich dicke Freundschaft zwischen den beiden Völkern, und die Amerikaner hatten sich durch die Partier Jugenferligkeit die falsche Vorstellung aufdrängen lassen, daß Frankreich auf allen Gebieten die Kultur par excellence, das unübertroffene Muster darstelle. Den Wispel erreichte diese Verdrängung in dem von der französischen Republik dem amerikanischen Volke gemachten Geschenk der großen Freiheitsstatue, die den Dänen von New York übertrug. Im Kriege aber gewannen die Amerikaner von der französischen Kultur ein anderes Bild, das durch die in der besetzten Zone gesammelten Erfahrungen, insbesondere durch den Anblick der schwarzen, das amerikanische weiße Volkstum ansehnlichen Schmach erregt wurde. Als dann vollends das obstruierte Verhalten der Franzosen gegenüber Deutschland nach Friedensschluß sich in seiner ganzen kulturfeindlichen Wirkung so offenbarte, begann, als man drüber merkte, daß Frankreich das eigentliche Demmonis für die Wiederinangabe des Welt Handels bildete, da zeigten die Amerikaner ihren ehemaligen Freunden ostentativ die kalte Schulter und ließen sie mit ihren eracuten Piebeswerbungen gründlich abblöden. In der letzten Zeit haben sich die ungeschwinkten Anschauungen hervorragender amerikanischer Staatsmänner, Planaleten und Politiker, die den unerfülllichen Imperialismus und Militarismus Frankreichs als die Hauptursache des europäischen Verfalls bezeichnen, so geschäft, daß man einen ausgesprochenen Gegenab Amerikas zu Frankreich als Merkmal der internationalen Entwicklung feststellen kann. Auch die an anderer Stelle mitgeteilten Auslassungen Darvons, des amerikanischen Vorkämpfers in London, der bei einem Festessen in eindringlichen Worten auf die Beförderung der Zivilisation durch den andauernden europäischen Wirrwarr hinwies, sind vorwiegend an die französische Adresse gerichtet. Natürlich konnte der Vorkämpfer in seiner amtlichen Eigenschaft Frankreich als Störenfried nicht direkt bezeichnen. Wenn er aber das „Ausbüngen von Nationen durch andere“ als Katastrophenpolitik brandmarkte, so bedarf es keiner besonderen Phantasie, um herauszufinden, worauf er abzielte. Und wenn Morgan erklärt, er habe nicht die Absicht, sich an der Brüsseler Konferenz zu begeben, so wird man das wohl auch als eine indirekte Abgabe an die französische Weltpolitik auffassen dürfen, die sich in der Stellungnahme Polinards an der Londoner Vorkonferenz der alliierten Premierminister wieder in so rückfälliger Weise enthielt, daß die Arbeit in Brüssel dadurch von vornherein sabotiert werden muß.

Den markantesten Ausdruck der amerikanischen Stimmung gegen die unarabidige „Marianne“ — so heißt die dritte Republik im Volksmund — bietet der Empfang, den Clemenceau auf seiner Vortragsreise gefunden hat. Die maßgebenden Senatoren, die in der Dessenlichkeit das Wort führen, haben ihm mit Dohn und Spott überschüttet, und die Presse sieht ihm völlig ablehnend gegenüber. Nachdem Viviani und Barthou durch ihr Auftreten in Amerika das französische Konzept gründlich verderben hatten, sollte nun der alte Klappstecher Clemenceau die Sache wieder einrenken und den Amerikanern die Ueberzeugung beibringen, daß der Friede von Versailles kein Gewaltakt, sondern — so hat sich Clemenceau wörtlich in New York geäußert — „ein Friede der Mäßigung und der Vernunft sei, wie ihn die Welt noch nicht gesehen habe“. Das war harter Tobak, zu stark selbst für amerikanische Nerven, die doch an frühere Dosen „Auff“ gewöhnt sind. So erhielt denn Clemenceau eine Antwort, die sich Polinards hinter den Spiegel stecken kann. Die „New Republic“ richtete an den

## Der Ententestandpunkt zur Meerengenfrage.

### Lord Curzons Entgegenkommen.

**London, 6. Dez.** In der heutigen zweiten Sitzung über die Meerengenfrage machte Lord Curzon Tschischerin darauf aufmerksam, daß Rußland heute die Rollen vertauscht und die Haltung einnehme, die früher andere Mächte eingenommen hätten. Rußland habe nicht das Recht, im Namen aller Mächten zu sprechen, da außer Rußland, der Ukraine und Georgien noch Bulgarien und Rumänien zu berücksichtigen seien. Auch die Türkei sei ein Mächten. Es sei zweifelhaft, ob die türkischen Interessen wirklich den russischen entsprehen. Auf jeden Fall könne Rußland keine bevorzugte Rolle beanspruchen. Hierauf gab Curzon die

einen Vertrag, an dem Rußland nicht teilgenommen habe, aller seiner Verteidigungsmittel beraubt sei. Was Rumänien anbetrifft, so sei die Öffnung der Meerengen kein Schutz für seine Sicherheit, denn die russisch-rumänischen Beziehungen würden auf dem Lande entschieden. Eine internationale Meerengenkommission würde die Verewigung der Unruhen und den Zwang für Rußland, immer mehr zu rüsten, sowie das Ende des Washingtoner Abkommens bedeuten, das Rußland, ohne leider daran teilgenommen zu haben, begrüße. (wzh.)

### Eine Verhandlungsbasis für die Türken.

**London, 6. Dez.** Der Vorschlag der Alliierten in der Meerengenfrage wird in türkischen Kreisen als eine Verhandlungsbasis bezeichnet, da die Türken nach dem Vast nur die Freiheit für alle und den Schutz ihrer Daulwirtschaft verlangen. Es käme nun darauf an, wieweit diese Forderungen auf dem Wege der Verhandlungen verwirklicht werden sollen.

### Der amerikanische Standpunkt.

**London, 6. Dez.** Der amerikanische Vertreter Ghild hat heute erklärt, daß Amerika für die vollständige Handelsfreiheit sei und weder für sich noch für andere Vorrechte wolle, aber daß man auch dem Welthandel ermöglichen müsse, in das Schwarzee Meer zu gelangen, und daß die geographische Lage seines Landes ihm kein Vortrecht in den Meerengen geben solle. Die Freiheit des Schwarzee Meeres könne nur durch die Entwaffnung erreicht werden. Weiter sei nützenswert, daß die Kriegsschiffe aus den Gewässern verschwinden. Aber Kriegsschiffe verfolgten nicht immer kriegerische, sondern auch kulturelle Zwecke, und Amerika würde nicht bedauern sein, wenn seine Kriegsschiffe verhindert würden, seine Bürger und Handelschiffe überalhin friedlich zu begleiten.

Diese Darlegungen wurden in den alliierten, vor allem in den französischen Kreisen als Unterfägung der alliierten Tzese ansehaft. Tschischerin verließ einer anderen Auffassung Ausdruck. Er erklärte in einer Mitteilung an die Presse über Ghilds Auffassung, daß Ghild nur die Zulassung einzelner Kriegsschiffe ins Auge faße. Sein Vorschlag könne daher geprüft werden, wenn er in dem Sinne zu verstehen sei, daß die Benutzung der Kriegsschiffe zu militärischen Zwecken ausgeschlossen sein solle. (W. T. B.)

### Allgemeinen Richtlinien des Allierten-Projektes

bekannt, denen folgendes zu entnehmen ist:

1. Freiheit der Handelschiffahrt ohne irgendwelche Beschränkungen der Tonnage in Friedenszeiten wie in Kriegszeiten, falls die Türkei neutral bleibt. Wenn die Türkei nicht neutral ist, soll die Durchfahrt nur für die neutralen Schiffe, sofern sie keine Konterbande führen.
2. Die Zahl der Kriegsschiffe einer Macht darf im Schwarzee Meer niemals diejenige der härtesten Seemacht eines Mächtes überschreiten. Ist die Türkei nicht neutral, so bezieht die Möglichkeit der Durchfahrt nur für die neutralen Kriegsschiffe.
3. Zum Zwecke der Entmilitarisierung einer genau zu bestimmenden Zone soll eine aus je einem Vertreter der Mächten des Schwarzee Meeres, Frankreichs, Englands, Italiens, Griechenlands und der Vereinigten Staaten bestehende Kommission ernannt werden.
4. Gewährleistung des Schukes Konstantinopels nach später festzusetzenden Modalitäten.

Die Vertreter Frankreichs und Italiens stimmten den Ausführungen Curzons zu. Der amerikanische Vertreter erklärte sich als Anhänger der völligen Freiheit des Handelsverkehrs. Der jugoslawische Vertreter schloß sich ebenfalls der Auffassung der Alliierten an. Tschischerin wies sehr lebhaft auf Curzons Ausführungen zurück. Die nächste Sitzung findet Freitag vormittag statt. (W. T. B.)

### Tschischerins Antwort an Lord Curzon.

**London, 6. Dez.** Die russische Delegation teilt einen Auszug aus der Rede Tschischerins in der heutigen Morgen Sitzung mit, aus der folgende Darlegungen Interesse verdienen: Tschischerin wies darauf hin, daß die heile Tradition Englands und Rußlands stets in der Aufrichtung einer Scheidewand zwischen den Einflüssen der beiden Länder bestanden hätte. Diese Scheidewand sei die Schließung der Meerengen und die türkische Souveränität. Wenn man sich auf Bulgarien's Haltung berufe, so vergesse man, daß dieses Land durch

**Dollar (Amtlich): 8412**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 8350